

Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich in seiner Beratung am 26. November 2009 mit dem Konflikt in Afghanistan beschäftigt, Hintergründe, Konfliktverläufe und das Scheitern der verfehlten Strategie des Westens in diesem Konflikt sowie Möglichkeiten einer politischen Regelung erörtert. Die beiden Einleitungsbeiträge hielten Prof. Dr. Diethelm Weidemann und Botschafter a. D. Dr. Arne C. Seifert (siehe STANDPUNKTE 03/2010). Die Beiträge werden hiermit in überarbeiteter Form veröffentlicht.

DIETHELM WEIDEMANN

DER KONFLIKT IN AFGHANISTAN

HISTORISCHER UND GESELLSCHAFTLICHER HINTERGRUND, EVOLUTION UND LAGEENTWICKLUNG – EIN POSITIONSPAPIER

I.

Die gegenwärtige Afghanistan-Diskussion in Deutschland ist nahezu ausschließlich auf den Konflikt zwischen dem westlichen Militärbündnis und der bewaffneten islamistischen Opposition fokussiert; die tatsächliche Lage im Lande wird entweder aus politischen Gründen schöngeredet oder spielt nur eine periphere Rolle. Die eigentlich entscheidende Frage, wie ein Afghanistan aussehen muss, das in der Lage ist, aus eigener Kraft nicht wieder in die Barbarei des Bürgerkrieges oder in die mittelalterliche Taliban-Diktatur zurückzufallen, wird von der Politik entweder nicht gestellt oder mit Allgemeinplätzen umgangen – die letztgenannte Verhaltensweise trifft bedauerlicherweise auch auf einige linke Politiker zu.

Unstrittig ist es die dringendste Aufgabe, den ebenso sinnlosen wie erfolglosen Krieg in Afghanistan zu beenden. Aber ebenso eindeutig muss auch gesagt werden, dass selbst eine formelle Beendigung der Kampfhandlungen ohne ein klares Konzept für die Nachkriegszeit und die Definition der Verantwortung jener Staaten, die in Afghanistan militärisch interveniert haben, für die weitere Entwicklung des Landes weder eine qualitative noch eine nachhaltige Veränderung der Grundsituation in Afghanistan bringen wird. Eine tragfähige Lösung des Afghanistan-Problems erfordert zwingend das Begreifen dieses Konfliktes als historische und gesellschaftliche Gesamterscheinung. Eine Beschränkung auf die Jahre seit 2001 greift zu kurz, darauf basierende Lösungsvorstellungen wären lediglich ein Kurieren von Symptomen ohne die Beseitigung oder Austrocknung der übergreifenden Konfliktursachen.

II.

Es gibt keine wirkliche Konfliktregulierung ohne eine realistische Konfliktanalyse. Nach jahrzehntelangen blutigen Kämp-

fen mit ständig wechselnden Fronten und Zweckbündnissen ist es unumgänglich, die Frage zu stellen, worum es eigentlich in Afghanistan geht, was demnach zu lösen ist und was heute überhaupt geregelt werden kann.

In mehr als 150 Jahren hat es fünf machtpolitische Kriege um Afghanistan gegeben – die anglo-afghanischen Kriege von 1840–1842, 1877–1879 und 1919; die sowjetische militärische Intervention von 1979–1989 und seit dem 7. Oktober 2001 den Krieg der USA und nachfolgend der NATO gegen die in Afghanistan imaginierte territoriale Basis des islamistischen Terrorismus. Seit dem Sturz König Amanullahs 1929 kam es ferner bisher zu drei Langzeit-Bürgerkriegen – dem Machtkampf zwischen rivalisierenden feudalen und tribalen Pashtunen-Gruppen 1929–1933, dem Anti-Regime-Krieg eines breiten Spektrums islamistischer und tribalistischer Kräfte gegen die Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1979–1992, und den Bürgerkrieg zwischen verschiedenen islamistischen und ethnopolitischen Gruppierungen, der 1994–2001 in einen Machtkampf zwischen diesen Formationen und dem sich etablierenden Taliban-Regime mündete.

Diese unterschiedlichen Konfliktlagen und die sie begleitenden politisch-militärischen Konstellationen dürfen nicht den Blick auf die gesellschaftliche Grundsituation in Afghanistan verstellen. Historisch betrachtet, ist der Konflikt in Afghanistan in seinem Wesen ein Modernisierungskonflikt, eine tiefgreifende und grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen islamischer Tradition und Moderne, zwischen einer überwiegend tribalen Gesellschaft und einer embryonalen Form des modernen Nationalstaats, zwischen einer dem Stammesdenken verhafteten religiös-orthodoxen und sozial patriarchalischen ländlichen Mehrheit und einer, für afgha-

nische Verhältnisse, modernisierten städtischen Bevölkerungsschicht.

Dieser Modernisierungskonflikt ist in seinen drei Höhepunkten bis 1979 – Vertreibung Amanullahs, Reformversuche Zahir Shahs und Saur-Revolution von 1978 – klar erkennbar, wurde jedoch 1980–1989 völlig überdeckt, weil mit der sowjetischen Militärintervention der Anti-Regime-Krieg umgehend in einen religiös firmierten antisowjetischen Widerstandskrieg überging, der zumindest zeitweilig alle Fraktionen der politisch äußerst buntscheckigen Opposition einigte. Mit dem endgültigen Rückzug der UdSSR im Februar 1989 nahm die militärische, politische und ideologische Auseinandersetzung in Afghanistan erneut die Form des Anti-Regime-Krieges an, um nach dem Sturz Najibullahs durch Verrat seiner eigenen Generale 1992 in einen Kampf jeder gegen jeden um die Beute zu münden. Es wird somit deutlich, dass sowohl die sowjetische Militärintervention 1979–1989 als auch der Antiterror-Krieg George W. Bushs, also die amerikanische Militärintervention in Afghanistan seit 2001, nicht die *Ursache* des Afghanistan-Konflikts sind, sondern machtpolitisch determinierte externe militärische Eingriffsversuche, die den eigentlichen Konflikt und seine Ursachen nicht substantiell berührten, allerdings seine Austragungsformen für längere Zeiträume massiv überlagerten.

III.

Der afghanische Bürgerkrieg nach 1992 demonstrierte die völlige Unfähigkeit sowohl der rivalisierenden Mujaheddin-Fraktionen als auch der ultraorthodoxen Taliban, die grundlegenden gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme Afghanistans auch nur im Ansatz zu lösen. Die um die Kriegsbeute kämpfenden Fraktionen zerstörten das, was im Februar 1989 noch intakt bzw. unzerstört war. Der afghanische Staat war bereits Mitte der neunziger Jahre so gut wie am Ende, 2001 existierte er *de facto* überhaupt nicht mehr, und selbst heute wäre es eine maßlose Übertreibung, für ganz Afghanistan vom Vorhandensein eines legitimierten, akzeptierten und funktionierenden Staates zu sprechen.

Im Gefolge des Bürgerkrieges ist die Bevölkerung deutlich entlang ethnischer Linien gespalten. Der erbitterte Widerstand der Tadshiken und Usbeken gegen die Taliban richtete sich kaum gegen deren extremistischen Islamismus, sondern gegen den eindeutig pashtunischen Charakter und absoluten Herrschaftsanspruch der Kandahar-Junta und ihrer Milizen. Keine Seite der seit 1992 in den Bürgerkrieg verwickelten Kräfte hat jemals eine *nationale* Option besessen, ihre Perzeptionen waren entweder islamisch oder ethnopolitisch determiniert. Es muss deutlich gesagt werden, dass die Taliban-Projektion eines strikt islamischen Staates grundsätzlich nicht mit solchen Kategorien wie «demokratischer Staat» und «Nation» kompatibel ist.

Alle sich zwischen 1992 und 2001 ablösenden Regimes haben ihre tiefe Feindseligkeit gegenüber Grundwerten des normalen modernen Lebens, sogar gegen Modernität und Modernisierung als Prinzipien, gegen Menschen- und Bürgerrechte unter Beweis gestellt und sie als unislamisch verurteilt und, soweit möglich, unter Verbot gestellt. Daraus ergibt sich mit Konsequenz, dass keine der rivalisierenden Gruppen den Anspruch erheben konnte, Afghanistan zu repräsentieren. Es waren Regimes, die auf der Grundlage eines ideologisch definierten Machtanspruchs jeweils spezi-

fische Gruppen und deren in der Regel partikulare Interessen vertraten.

Aber es bleibt eine bittere Tatsache, dass jeder Prozess einer Konfliktregulierung mit eben diesen Kräften beginnen musste, weil es im Lande 2001 keine andere Kraft gab, eine nationale Alternative existierte noch nicht – oder vielleicht auch nicht mehr.

IV.

Das Taliban-Regime war gesellschaftlich extrem rückschrittlich, ideologisch auf eine vormoderne dogmatische Auslegung des Islam gegründet und durch eine völlige Negierung der Menschen- und Bürgerrechte gekennzeichnet. Aber trotz seiner konzeptionellen Nähe zu terroristischen islamistischen Strömungen und Gruppierungen galt es nicht als internationaler Krisenherd und sowohl die USA als auch einige EU-Staaten waren bereit, mit der Kandahar-Junta in gewissem Umfang zu kooperieren, wie nicht allein das von Washington betriebene Pipeline-Projekt zeigte.

Die Militärintervention der USA vom Oktober 2001 unter der Losung des «Krieges gegen den internationalen Terror» erfolgte nicht, um die Bevölkerung Afghanistans von der Taliban-Herrschaft zu befreien, sondern erstens, um die nach den die amerikanische Selbstperzeption dramatisch erschütternden Anschlägen vom 11. September nach Vergeltung rufende Öffentlichkeit zu befriedigen, und zweitens aus machtpolitischen Gründen, weil die seinerzeit in Washington Politik gestaltenden neokonservativen Kräfte angesichts des internationalen Schockzustandes auf strategische und militärpolitische Entscheidungen drängten, die unter «normalen» Bedingungen nicht durchzusetzen gewesen wären.

Die im Oktober 2001 einzig verfügbaren und für die eigene Nation und die internationale Öffentlichkeit einigermaßen glaubwürdigen Feinde, an denen man den amerikanischen Gegenschlag exekutieren konnte, waren Osama bin Laden und seine afghanischen Gastgeber, die Taliban. Der Krieg begann, obwohl die Taliban an den Anschlägen vom 11. September überhaupt nicht beteiligt waren und die Operationen auch keineswegs in Afghanistan vorbereitet wurden, sondern in Europa und in den USA selbst, und ihre Finanzierung weitgehend aus saudischen und pakistanischen Quellen stammte, was bis heute aus naheliegenden Gründen niemals ernsthaft untersucht wurde. Aus der Rückschau wird erkennbar, dass die Vorbereitung und Entfesselung des Irak-Krieges dem gleichen Strickmuster folgte.

Man muss daher durchaus grundsätzlich die Frage stellen, die von Politik und Medien peinlichst vermieden wird: War dieser Krieg rechtmäßig, das heißt völkerrechtlich legitimiert, oder ist er sachlich in die gleiche Kategorie wie der Irak-Krieg einzuordnen – eine Militäroperation, zu der sich die Hypermacht USA auf der Grundlage vorgeschobener Argumente und gefälschter «Beweise» selbst ermächtigte? Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt auch die Bewertung der Legitimität der Teilnahme Deutschlands an der Militärintervention.

V.

Die Militäroperation der USA und nachfolgend der NATO folgte den ausgetretenen Pfaden der Großmachtlogik und ignorierte jede Erfahrung aus den bisherigen Afghanistan-Kriegen. Die US-Strategie entsprang einer ebenso verfehlten

wie arroganten Supermacht-Attitüde, die sich auf Luftangriffe und *Search and Destroy*-Operationen verstärkter Stoßtruppen und kleinerer mobiler Einheiten konzentrierte, die sich immer wieder in festungsartig gesicherte Stützpunkte zurückzogen. Ein wesentlicher Grund war das Streben, die eigenen Verluste möglichst niedrig zu halten, da die amerikanische Öffentlichkeit seit Vietnam in dieser Frage sehr sensibel war. Diese Strategie konnte gegen einen hoch mobilen, dezentral operierenden und angesichts des Geländeprofiles überhaupt nicht aus der Luft zu eliminierenden Gegner nicht aufgehen. Das Unvermögen der stärksten Militärmacht der Welt, adäquat und wirksam auf eine asymmetrische Bedrohung zu reagieren, hält bis heute an. Die militärischen Ergebnisse der Operationen von 2001/02 sind nicht Gegenstand dieser Betrachtung, zumal sie seit 2004/05 durch die Revitalisierung der Taliban und die Tatsache, dass diese heute in großen Teilen Afghanistans das Gesetz des Handelns bestimmen, ohnehin weitgehend in die Ablage der Geschichte verwiesen wurden.

Das Wiedererstarken der Taliban war ein direktes Ergebnis der verfehlten US-Strategie. Es wurde versäumt, den Taliban die territoriale Basis im Lande durch eine dauerhafte militärische Präsenz der Interventionstruppen in allen Provinzen zu entziehen – denn das hätte einen Landkrieg bedeutet, den das Pentagon unbedingt vermeiden wollte. Folgerichtig kam es auch niemals zu einer tatsächlichen Entwaffnung der Taliban und schließlich wurde auch kein ernsthafter Versuch unternommen, Zehntausenden von gefangenen jungen Taliban-Kämpfern durch ein landesweites Rehabilitierungs- und Resozialisierungsprogramm eine Perspektive auf eine zivile Existenz zu eröffnen. Man schickte sie nach Hause und überließ sie erneut dem Einfluss und der Hierarchie der Stammes-Chiefs, Milizenführer und lokalen Mullahs. Es war daher lediglich eine Frage der Zeit, dass sich die Taliban reorganisieren und wieder militärisch aktiv werden würden.

Aus der Gesamtlage des Jahres 2009 ergibt sich, dass die Zielsetzung des seit 2001 in Afghanistan geführten Krieges trotz massiver Einbeziehung der NATO-Verbündeten weder militärisch noch allgemein sicherheitspolitisch erreicht worden ist, wobei die gegenwärtige Entwicklung bereits im Sommer 2002 prognostizierbar war.

VI.

Die politische Strategie der USA in Afghanistan war gekennzeichnet durch die weitgehende Ignoranz der realen Lage vor Ort und die gefährliche Unterschätzung der ethnonationalen und politisch-psychologischen Aspekte, die heute innerhalb Afghanistans eine zentrale Rolle spielen. Das Setzen auf ein westlich interpretiertes Nation-Building als *deus ex machina* erwies sich als Fehlperzeption, da die Bürgerkriege und die paschtunische Taliban-Herrschaft die Konfrontation zwischen den großen ethnischen Gruppen – Tadshiken, Usbeken und Hazara auf der einen und Pashtunen auf der anderen Seite – so verschärft hatten, dass gesamtafghanische Gemeinsamkeiten heute geringer sind als vor 1973. Und wie soll Nation-Building in einem Land funktionieren, in dem die tribal organisierten Pashtunen auch heute sich als die einzigen Afghanen betrachten und in den letzten Jahrzehnten überzeugend demonstriert haben, dass sie nach modernen Kriterien staatsunfähig sind?

Das US-Modell des Demokratie-Exports ist in Afghanistan auf drastische Art gescheitert. Notwendig wäre gewesen, in

einem durch Stammes- und Clan-Loyalitäten geprägten und beherrschten Land mit der Vermittlung demokratischer Werte und Entscheidungswege an der Basis zu beginnen, das heißt Grundelemente demokratischen Verhaltens und demokratischer Politikgestaltung auf der lokalen Ebene, in den Dörfern und Städten zu schaffen, um in einer zweiten Phase gewählte Vertretungskörperschaften in den Provinzen zu konstituieren. Allgemeine Parlamentswahlen und die Etablierung einer demokratisch gewählten Regierung konnten nur der Abschluss dieser Aufbauphase sein, wenn man ernsthaft auf die Schaffung eines demokratischen Staatswesens hinarbeiten wollte. Das hätte die Chance eines echten gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Neuanfangs in Afghanistan gegeben.

Die USA gingen den umgekehrten Weg mit allen heute sichtbaren Autoritäts- und Legitimitätsdefiziten und der Tatsache, dass das gegenwärtige Regime auf fatale Weise mit Kriegsherren, Drogenbaronen und islamistischen Eiferern durchgesetzt ist. Die Situation wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die USA niemals Zweifel daran zuließen, dass sie «ihre» Leute rücksichtslos durchsetzen würden, wie sich bereits während der Loya Jirga vom Mai 2002 auf eine die demokratisch gesinnten Kräfte in Afghanistan erschütternde Weise zeigte.

Niemand kann bestreiten (und selbst die NATO-Militärs tun das nicht mehr), dass im Osten und Süden des Landes die Taliban das Gesetz des Handelns bestimmen und sich ihre Positionen im Norden und Westen sichtbar stärken. Große Teile der Bevölkerung verachten die Regierung Karsai als durch und durch korrupt und als Marionetten der USA, die nicht einmal den Großraum Kabul tatsächlich kontrolliert. Die seinerzeit außerhalb der paschtunischen Provinzen durchaus als Befreier von der Taliban-Herrschaft begrüßten ausländischen Streitkräfte werden seit 2005/06 fortschreitend primär als Besatzungstruppen wahrgenommen. Das bedeutet, dass die Sicherheitslage heute schlechter als im Jahre 2002 ist, die Schaffung eines rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichteten Staates liegt noch in weiter Ferne und der Ausgang der pathetisch als «Operation Enduring Freedom» bezeichneten Militärintervention ist 2009 ungewisser als 2002.

Zum Scheitern verurteilte Strategien, falsche Schwerpunkte und Konzeptlosigkeit auf der gesellschaftlichen Ebene, das ist die Bilanz von acht Jahren «Antiterror-Krieg». Es stellt sich somit unabweisbar die Frage, wohin die Reise in Afghanistan geht. Außerhalb jeder Diskussion steht, dass das Afghanistan-Problem als Ganzes nicht militärisch gelöst werden kann. Anders lautende bisherige Statements von Pentagon, State Department und NATO sind historisch nur noch Makulatur. Aber wo ist die Alternative? Wenn nicht in überschaubarer Zeit ein wirklicher grundlegender Strategie- und Politikwechsel erfolgt, muss das Unternehmen Afghanistan definitiv als gescheitert betrachtet werden. Das bisherige Konzept Barack Obamas ist *kein* solcher grundlegender Wechsel. Es ist angesichts der Lageverschlechterung und vor allem infolge des gefährlichen Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung aber nicht einmal auszuschließen, dass selbst ein wirklicher Strategiewechsel infolge der faktisch verschwendeten Jahre bereits zu spät kommt und der Abzug der ausländischen Truppen die einzige verbleibende Option ist, will man nicht bis zur Mitte des Jahrhunderts in Afghanistan Krieg führen. Dieser Abzug wird entweder die iraki-

sche Variante sein – die mehr oder weniger geordnete Räumung eines weitgehend zerstörten und demoralisierten Landes, oder das Saigoner Modell vom 30. April 1973, das heißt «Rette sich wer kann!»

Um es noch einmal in Erinnerung zu rufen: Auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Intervention in Afghanistan hatte die UdSSR 130.000 Mann im Einsatz und die Streitkräfte der DR Afghanistan machten etwa das Zwei- bis Dreifache der gegenwärtigen afghanischen Armee aus und besaßen im Unterschied zu heute eine umfangreiche schwere Bewaffnung und eine eigene Luftwaffe. Das schließliche Ergebnis ist uns allen bekannt. Ich wage daher die These, dass Obamas Truppenaufstockung letztendlich kein anderes Resultat haben wird; das lehren alle historischen Erfahrungen mit Afghanistan. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist die sich 2001/02 eröffnende historische Chance in den vergangenen acht Jahren bereits vertan worden und zwar nicht nur militärisch, denn die ausländischen Truppen haben seit 2002 das Vertrauen der Afghanen weitgehend verspielt. Washingtons heutige «neue» Strategie hätte 2002 kommen müssen und nicht Anfang 2010. Und weiß der Westen überhaupt, wen er mit großem materiellen und personellen Aufwand ausbildet – eine künftige afghanische Nationalarmee oder aber die künftigen regulären Streitkräfte der islamistischen Aufständischen?

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Der seit Oktober 2001 von den USA und der NATO in Afghanistan geführte «Antiterror-Krieg» hat weder für die existentiell notwendige Bewältigung der Gesellschaftskrise noch für die ebenso unabdingbare grundlegende wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Modernisierung des Landes einen produktiven und nachhaltigen Beitrag geleistet, sondern im Gegenteil die innergesellschaftlichen Konfliktsituationen noch verschärft.

VII.

Jede Betrachtung der Perspektiven Afghanistans muss strikt von den Realitäten vor Ort ausgehen, um nicht Illusionen zu erliegen. Es sind daher einige Grundtatsachen zu resümieren: Das Land war 2001 nach zwanzig Jahren Krieg und Bürgerkrieg weitgehend zerstört, *de facto* existierte kein Staat mehr, keine Wirtschaft, kein soziales System, kein Bildungswesen und Kulturleben. Das bedeutet mit Konsequenz, dass jeder wirkliche Schritt nach vorn von deutscher Seite und zwar unabhängig, ob von linken oder konservativen politischen Positionen aus, aufrichtig begrüßt und unterstützt werden muss. Damit stellt sich die Frage, was in Afghanistan unterstützenswert ist.

Es gibt ein neues Regime, seit 2004 auch durch Wahlen legitimiert, das nach wie vor auf einer sehr dünnen politischen und sozialen Decke agiert. Der afghanische Staat ist jedoch 2009 immer noch weit davon entfernt, in ganz Afghanistan legitimiert und akzeptiert zu sein, ganz zu schweigen davon, dass er tatsächlich außerhalb Kabuls auch funktioniert.

Trotz lokaler Fortschritte im Norden und Westen wäre es abenteuerlich, bereits von der Existenz einer afghanischen Volkswirtschaft zu sprechen. Der einzige funktionierende Wirtschaftsbereich ist der Drogensektor unter Duldung des Kabuler Regimes, der USA, der NATO und sogar der ISAF.

Im Bildungswesen und Kulturbereich hat es bis 2005 eine Reihe positiver und begrüßenswerter Entwicklungen gege-

ben, die jedoch seither unter dem wachsenden Druck der Islamisten außerhalb und innerhalb der Regierung Karsai stehen. Es ist unstrittig, dass eine Fraktion im Regime gesellschaftskonzeptionell nicht weit von den Taliban entfernt ist. Die sozialen Strukturen Afghanistans und die sozialen Beziehungen im Lande waren 2001 völlig zerrüttet. Ein gesamtafghanisches Gemeinschaftsgefühl muss erst wieder geschaffen werden, da der Bürgerkrieg tiefe mentale Spuren hinterlassen hat – nicht zuletzt deshalb, weil die blutigste Mujaheddin-Formation unter Gulbuddin Hekmatyar und auch das Taliban-Regime fast ausschließlich von Pashtunen getragen wurde.

Die Präsidentenwahlen von 2004 haben das 2001 von den USA eingesetzte Übergangsregime Karsai bestätigt und damit formell demokratisch legitimiert. Es stand zu erwarten, dass die Präsidentschaftswahlen vom 20. August 2009 zu einem ähnlichen Ergebnis führen. – Einmal, weil keine wirkliche Alternative vorhanden war, und zum anderen, weil die Mehrheit der Pashtunen eher den von ihnen als Marionette der USA verachteten Hamid Karsai wählen würde als einen Tadshiken oder Usbeken. Selbst in der an Skandalen wahrlich nicht armen Geschichte der Zusammenarbeit der USA mit nichtdemokratischen oder direkt antidemokratischen Regimes, die der jeweiligen regionalen Machtprojektion Washingtons bereitwillig folgten, ist ein derartig massiver und unverhohlener Wahlbetrug wie im August 2009 durch das Regime Karsai nahezu einmalig. Und gleichgültig, wie die Stichwahl in nüchternen Zahlen ausgegangen wäre, haben diese Wahlen die Idee der Demokratie und das Vertrauen in ihre Grundprinzipien in der afghanischen Bevölkerung nachhaltig diskreditiert. Ein Minimum von Ehrlichkeit gegenüber den von Washington und Westeuropa ständig kolportierten eigenen Werten hätte verlangt, die Ergebnisse dieser politischen Farce zu annullieren. Aber Washington wollte seinen Stellvertreter durchbringen, selbst auf Kosten der Glaubwürdigkeit. Wie 2004 hat der Ausgang der Präsidentenwahlen von 2009 daher die antidemokratischen Herrschaftsstrukturen auf lokaler und Provinzebene nicht berührt und nichts am grundlegenden inneren Kräfteverhältnis und an den Machtpositionen der antimodernen und antidemokratischen Kräfte geändert. Vor allem aber wird er keinen messbaren positiven Einfluss auf die Sicherheitslage in Afghanistan haben, sondern diese mit großer Wahrscheinlichkeit weiter verschärfen, weil die Bevölkerung nach dem Wahlbetrug erst recht kein Vertrauen in das Kabuler Regime hat. Karsai und sein korruptes Netzwerk haben zugleich den Taliban eine Karte von unschätzbarem ideologischen Wert in die Hände gespielt.

Angesichts der Grundsituation in Afghanistan ist es eine elementare Voraussetzung für eine realistische Politik des Westens, zu begreifen, dass es nach den Erschütterungen der letzten dreißig Jahre keine unbelastete, politisch, ethisch und moralisch saubere Politik geben kann. Alle wesentlichen Akteure sind historisch diskreditiert; die heute führenden politischen Gruppierungen haben mehrheitlich eine antinationale Vergangenheit; sind durch Gewalt- und Bluttaten belastet. Es wäre außerordentlich leichtfertig, sie als Garanten einer künftigen demokratischen Entwicklung in Afghanistan zu betrachten. Aber noch immer gibt es im Lande keine wirkliche nationale Alternative und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die USA bereits 2001 wieder auf die alten Machteliten und nicht auf eine sich unter großen Schwierigkeiten entwickelnde Zivilgesellschaft setzten.

VIII.

Der Versuch einer nüchternen Bilanz von acht Jahren verfehlter Strategie und Politik in Afghanistan kommt nicht daran vorbei, einige Fragen zur deutschen Haltung aufzuwerfen. Die deutsche Debatte reduziert sich weitgehend auf die Frage: Abzug der Bundeswehr oder Fortsetzung des «Einsatzes», wobei von offizieller Seite für die Afghanistan-Problematik überwiegend allgemeine politische Formeln oder euphemistische Worthülsen als Positionen offeriert werden, während auf die komplizierten und vielfach ausgesprochen diffizilen tatsächlichen Probleme entweder überhaupt nicht oder nur peripher eingegangen wird.

Erstens wird weiterhin gelehrt, dass in Afghanistan Krieg geführt wird, obwohl Verteidigungsminister zu Guttenberg diese Sprachregelung inzwischen partiell durchbrochen hat. Die US-Militärintervention von 2001/02 war zweifellos ein Krieg, der gegen das Regime eines fremden Staates geführt wurde und in keiner Weise ein «Stabilisierungseinsatz». Die These des bisherigen Verteidigungsministers Jung, dass militärische Auseinandersetzungen nur dann als Krieg bezeichnet werden können, wenn sie zwischen Staaten stattfinden, ist historisch überholtes Völkerrechtsdenken des 19. und 20. Jh. und heute Nonsense, weil eben Bürgerkriege und Anti-Regime-Kriege auch Kriege sind. Die NATO führt in Afghanistan jenseits aller Semantik Krieg, und die Taliban führen einen islamistisch definierten Krieg gegen die ausländischen Truppen und einen Bürgerkrieg um die Macht im Lande gegen das Regime Karsai. Deutschland ist seit 2002 trotz aller offiziellen Rhetorik durch den militärischen Einsatz der Bundeswehr Kriegspartei in Afghanistan.

Zweitens wurde von Anfang an niemals die Frage der Rechtmäßigkeit, der völkerrechtlichen Legitimierung der US-Militärintervention und damit auch der Mitwirkung der Bundeswehr an den Nachfolge-Operationen gestellt, sondern mit dem Hinweis auf die notwendige Solidarität im Antiterror-Kampf und die Bündnispflichten ausgeblendet. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob die Anschläge vom 11. September durch nichtstaatliche terroristische Kräfte, die überdies mit militärischen Mitteln überhaupt nicht zu eliminieren sind, überhaupt die Ausrufung des Bündnisfalles durch einen multilateralen staatlichen Militärpakt rechtfertigen, und warum die deutsche Politik dem widerstandslos zustimmte, ohne auch nur die Frage nach den völkerrechtlichen, politischen und militärischen Konsequenzen zu stellen.

Drittens muss gefragt werden, wer oder was am Hindukush «verteidigt» wird. Das Struck-Paradigma, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukush verteidigt wird, stößt sich mit den Realitäten hart im Raum. Das deutsche Kontingent verteidigt dort keineswegs die Bundesrepublik, sondern eine afghanische Regierung, die noch unter Beweis zu stellen hat, dass sie wirklich eine Repräsentanz ihres Volkes und nicht nur Platzhalter innerer partikulärer Gruppeninteressen oder auswärtiger Ambitionen ist; und sie verteidigt dort die regionalstrategischen Interessen der USA und der NATO, was nahezu das Gleiche ist, da sich dieser Pakt in allen Konflikten seit 1991 als ein Instrument der Vereinigten Staaten erwiesen hat. Oder anders gesagt: Erst seit deutsche Truppen am Hindukush stehen, befinden wir uns in einem Quasi-Verteidigungszustand gegen den islamistischen Terrorismus. Deutschlands Sicherheit wird am besten durch eine Nichtbeteiligung an militärischen Abenteuern gedient, gleichgültig von wem sie ausgehen.

Viertens war die deutsche Beteiligung an der ISAF-Mission, völkerrechtlich gedeckt durch eine UN-Resolution, gerechtfertigt solange es um die ursprüngliche Mission dieser Einheiten ging, einen friedlichen Übergang zu rechtsstaatlichen Verhältnissen in Afghanistan zu schützen und zu sichern. Über den Schutz entstehender ziviler demokratischer Strukturen und Institutionen hinaus haben deutsche Soldaten in Afghanistan nichts zu suchen. In diesem Kontext muss festgestellt werden, dass die deutsche Politik über den militärischen Aspekt hinaus niemals ein Gesamtkonzept für Afghanistan gehabt hat, wodurch sie im wesentlichen eine Nachtrabpolitik betrieb und sich zum Gefangenen einer deutschen Interessen fremden Politik des Paktes machte. Geradezu zwangsläufig führte das zur ständigen Aufweichung des ursprünglichen Mandats und zu seiner fortgesetzten schleichenden Erweiterung. Die formelle Unterstellung des deutschen ISAF-Kontingents unter die Krieg führenden OEF-Streitkräfte, die Entsendung deutscher Tornados und einer Schnellen Eingreifstruppe nach Afghanistan, aber auch der vorgesehene Einsatz deutscher AWACS-Flugzeuge in das Kriegsgebiet sind klare Verletzungen des eigentlichen Mandats, und die ursprüngliche Geschäftsgrundlage des deutschen Einsatzes ist damit entfallen. Sie sind faktisch weitere Schritte auf dem Weg von Streitkräften zur nationalen Verteidigung hin zu einer international für die Interessen des Westens agierenden Interventionsarmee. Im konkreten Fall besteht die Funktion des deutschen Kontingents letztlich darin, eine Hilfswilligen-Einheit in einem strategischen US-Konzept zu spielen, das mit legitimen deutschen Interessen und deutscher Außenpolitik nichts zu tun hat.

Fünftens hat die Entwicklung seit 2002 auch dem politisch nicht Vorgebildeten hinreichend eindeutig demonstriert, dass es wirklichen Frieden in Afghanistan nur geben wird, wenn die Afghanen selbst Frieden machen. Weder die verbliebene Supermacht oder die NATO noch die von ihren eigenen nationalistischen Ambitionen und machtpolitischen Interessen geleiteten regionalen Akteure sind in der Lage, von außen Frieden in Afghanistan zu schaffen. Damit ist auch gesagt, dass der «Antiterror-Krieg» keine Lösung des Afghanistan-Problems war, nicht sein konnte und nicht sein wird. Wenn die deutsche politische Klasse die Verpflichtung verspürt, mit und in Afghanistan Politik zu machen, dann sollte sie sich bewusst auf die Mitwirkung bei der Bewältigung und Beseitigung der Kriegsfolgen sowie der chronischen politischen, ethnischen und ideologischen Konfliktursachen konzentrieren – also auf einen nichtmilitärischen Weg der Konfliktregulierung. Deutsche Politik sollte sich jedoch strikt enthalten, in Afghanistan fremde Interessen zu bedienen, gleichgültig ob dies partikuläre Ambitionen innerhalb Afghanistans sind oder die wirklichen Ziele der transatlantischen Führungsmacht in dieser Region.

Sechstens ist es unstrittig, dass eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung den weiteren Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan nicht billigt und statt einer weiteren Aufstockung des Kontingents dessen Abzug fordert. Meinungsverschiedenheiten bestehen im wesentlichen hinsichtlich des Zeitpunktes. Die nassforschenden Erklärungen von der «Verteidigung Deutschlands am Hindukush» oder von den deutschen Bündnispflichten lassen nur zwei Schlussfolgerungen zu – entweder ist in den oberen Echelons der Politik nicht die Kompetenz vorhanden, gravierende Probleme im wohlverstandenen Interesse des eigenen Staates zu entscheiden,

oder eine deutsche Afghanistan-Politik entgegen dem erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung ist bereits weitgehend von nichtdeutschen Interessen dominiert. Dann allerdings stellt sich die Frage, wann die Bundesrepublik endlich eine Außenpolitik betreibt, deren Grundlage die wirklichen nationalen Interessen Deutschlands sind. Es ist daher völlig verständlich und auch gerechtfertigt, dass die Linke in dieser Frage im Unterschied zu den anderen Parteien eine entschiedene Position bezieht. Es muss jedoch ebenso deutlich gesagt werden, dass eine lediglich gebetsmühlenhaft wiederholte Forderung nach einem Abzug der Truppen ohne eine gleichzeitige begründete und nachvollziehbare eigene Position, was nach einem Abzug aus Afghanistan werden soll, bestenfalls als Wahlkampf-Losung taugt, aber nicht wirklich politikfähig ist. Um aus der gegenwärtigen Sackgasse im Afghanistan-Diskurs herauszukommen, muss dieser von der offiziell verordneten Tabuzone befreit und landesweit sowie zwischen allen politischen Lagern und gesellschaftlichen Bewegungen offen geführt werden.

Siebertens kann die Abzugsfrage nicht nur aus dem Blickwinkel eines deutschen Rückzugs beantwortet werden, da ein solcher Abzug am Krieg und an der Konfliktlage in Afghanistan nichts ändern würde. Für eine verantwortungsvolle deutsche Politik kann auch nicht entscheidend sein, ob das Image der NATO bei einem Abzug beschädigt wird – der Image-Verlust wird in absehbarer Zeit ohnehin unvermeidlich. Das Bündnis ist den USA 2001 kopf- und konzeptionslos in diesen Krieg gefolgt, es wird auch mit den Konsequenzen leben müssen. In der ganzen deutschen Abzugsdiskussion fehlt die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage, was nach einem Abzug der Truppen aus den – trotz aller in Afghanistan gemachten Fehler – dennoch existierenden und noch schwachen zivilgesellschaftlichen demokratischen Kräften werden soll. Will man sie den Taliban und auf eigene Rechnung operierenden paschtunischen Raub- und Mordmilizen zum Abschlichten überlassen, oder fasst man den erneuten Exodus dieser Menschen ins Ausland ins Auge, womit der reaktionärste Teil der afghanischen Gesellschaft sein Ziel auch erreicht hätte und der Terrorismus in Afghanistan fröhliche Urständ feiern könnte? Sind wir bereit, einen solchen Preis für den Abzug unserer Truppen zu zahlen? Die Frage erhebt sich nicht von ungefähr, da Äußerungen aus dem Umfeld von Barack Obama vermuten lassen, dass bei einem ausgehandelten Rückzug der USA aus Afghanistan ohne gravierenden Gesichtsverlust die Vereinigten Staaten einen islamistischen Staat tolerieren würden.

Es muss der Bevölkerung Deutschlands und auch der Afghanistans somit nachvollziehbar und akzeptierbar eine Antwort auf die Frage gegeben werden, was nach einem Truppenabzug in Afghanistan getan werden muss, um einen erneuten Rückfall des Landes in die totale Barbarei und die damit verbundene Formierung eines islamistischen Blocks vom Persischen Golf bis an die Westgrenze Indiens zu verhindern. In dieser Frage hat auch die Linke einen erheblichen Klärungs- und Erklärungsbedarf und die Pflicht, nicht nur eine linke, sondern auch eine realistische Position zu beziehen. Realismus in der Afghanistan-Frage kann aber nicht auf deutsche politische Interessen reduziert werden, sondern muss notwendigerweise die konkrete Lage in Afghanistan einschließen. Wenn das aber so ist, dann ist die Forderung nach einem sofortigen Truppenabzug unrealistisch. Der Abzug kann nur als ein zeitlich gestreckter, geordneter Rückzug auf der

Grundlage eines in Deutschland konsensfähigen politischen Konzepts erfolgen. Und eben dieses Konzept ist gegenwärtig in keinem politischen Lager vorhanden. Auch die Linke hat über die Forderung nach dem Abzug hinaus kein eigenes strategisches Konzept vorgelegt, das die erforderlichen Maßnahmen, die zu erwartenden Konsequenzen, einen realisierbaren Zeitrahmen und die von den Linken zu fordernden Paradigmen einer deutschen Nachkriegspolitik in und gegenüber Afghanistan ausweist. Solange dies nicht geschieht, wird die Linke ein einsamer und erfolgloser Rufer in der Wüste sein oder selbst von Steinmeier oder Westerwelle überholt werden.

Um Missverständnisse auszuschließen: Wenn ich von einem eigenen Konzept spreche, dann meine ich nicht ein Modell der Linken für Afghanistan – das ist die ureigenste Angelegenheit der Afghanen, und die heutigen Konsequenzen der Einsetzung eines Regimes von außen Ende 2001 durch die USA sind für jeden sichtbar – sondern ein eigenes Konzept, wie eine die afghanischen Realitäten berücksichtigende konstruktive und dem Frieden in diesem geschundenen Land dienende deutsche Afghanistan-Politik aussehen müsste; und exakt in diesem Kontext gewinnt die Abzugsforderung ihren Sinn. Dabei ist unübersehbar, dass nur ein konkretes und einforderbares Konzept der Linken und eine damit angestoßene allgemeine Debatte die deutsche Regierung unter Handlungsdruck setzen kann und wird. Und um es zum Schluss noch einmal deutlich und unmissverständlich zu sagen: Wer nur nach sofortigem Abzug ruft und damit implizit meint: «Nach uns die Sintflut in Afghanistan», verlässt schlicht und ergreifend den Boden des Internationalismus.

Prof. em. Dr. Diethelm Weidemann ist emeritierter Professor für Theorie und Geschichte der internationalen Beziehungen in Asien an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied im Vorstand des Deutsch-Pakistanischen Forums.

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-12
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)